

Ökonomisierung als Optionssteigerung

Eine differenzierungstheoretische Perspektive

Von Armin Nassehi

Die Diagnose einer Ökonomisierung der Gesellschaft erscheint als sehr plausibel, die gegenwärtige Situation der modernen Gesellschaft zu beschreiben. Die Dynamik der Weltwirtschaft, gleichzeitig die Krisenhaftigkeit des Finanzkapitalismus mit seinen erheblichen gesellschaftlichen Folgen geben dieser Gegenwartsdiagnose eine zusätzliche Plausibilität. Freilich ist sie nicht wirklich neu, denn sie schließt letztlich an das an, was stets im Sinne einer Kapitalismuskritik formuliert wurde. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit sowie die sich daraus ergebenden Produktionsverhältnisse bestimmten letztlich alle Bereiche der Gesellschaft, auch diejenigen, die nicht im engeren Sinne ökonomisch gebaut sind. Aus einer enger marxistischen Perspektive freilich bedeutet die Diagnose einer *Ökonomisierung* der Gesellschaft nicht so etwas wie eine Anomalie, denn letztlich werden die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst als Ausdruck ausschließlich ökonomischer Verhältnisse angesehen. Oskar Negt und Alexander Kluge etwa haben in dem schon klassischen Buch *Öffentlichkeit und Erfahrung* eher beklagt, dass bürgerliche Öffentlichkeiten ein proletarisches Publikum von seinen ureigenen ökonomischen Erfahrungen entfremden (Negt / Kluge 1972). Hier erschien letztlich die Ökonomisierung von Debatten als Lösungshorizont, um die (Produktions-)Verhältnisse angemessen beschreiben zu können. Der Lösungshorizont wäre also nicht eine Zurückdrängung des Ökonomischen gewesen, sondern die Rückführung „bürgerlicher“ Selbstbeschreibungen der Gesellschaft auf ihre ökonomische Basis.

Die Ökonomisierungsdiagnose, wie wir sie heute kennen, ist freilich auch nicht neu. Wenn Ökonomisierung tatsächlich das Eindringen ökonomischer Logiken in nicht-ökonomische Bereiche der Gesellschaft meint, dann erinnert das an den von Jürgen Habermas in der *Theorie des kommunikativen Handelns* als „Kolonialisierung der Lebenswelt“ beschriebenen Prozess. Habermas führt bekanntlich die „Deformationen“ der Gesellschaft weder auf die Entstehung einer kapitalistischen Wirtschaftsweise noch auf die wachsende Komplexität und Systemdifferenzierung der Gesellschaft zurück. Maßgeblich sind vielmehr einerseits die „elitäre Abspaltung von Expertenkulturen von den Zusammenhängen kommunikativen Alltagshandelns“ (Habermas 1981 b: 488), andererseits das Eindringen der „Imperative der verselbständigten Subsysteme“ „von außen in die Lebenswelt – wie Kolonialherren in eine Stammesgesellschaft“ (Habermas 1981 b: 522). Interessant ist, dass Habermas diese „Ökonomisierung“ der Lebenswelt als eine Art Außenverhältnis liest – von außen strebten gewissermaßen „fremde“ Kräfte darum, das Eigene, die lebensweltliche Form zu okkupieren. Sieht man sich etwa die Diskussion um das sogenannte „Neue Steuerungsmodell“ für die öffentliche Verwaltung an, die aus Behörden, Verwaltungen, öffentlichen Bildungsinstitutionen, aus Institutionen der öffentlichen Wohlfahrtspflege oder des öffentlichen Gesundheitswesens Dienstleistungsunternehmen machen möchte und sich nicht nur als Dienstleister nach außen verstehen will, sondern auch intern betriebswirtschaftliche Steuerungsmechanismen anwendet, dann kann man das ganz im klassischen Sinne als „Kolonialisierung“ begreifen (vgl. R. Vogel 2007; Richter 2009), ebenso wie die Frage der Verteidigung lebensweltlicher Ressourcen und politischer Handlungsmöglichkeiten gegen die Folgen des Marktes (vgl. B. Vogel 2007; Dörre 2009).

So weit, so klassisch. Was freilich derzeit unter dem Stichwort Ökonomisierung diskutiert wird, geht über diese Erfahrung der Konkurrenz der Konzepte hinaus. Es kämpft nicht mehr System vs. Lebenswelt oder wirtschaftliche vs. gesellschaftliche Orientierung oder wie immer man hier Oppositionen bilden will. Die neue Erfahrung mit der Dynamik des Ökonomischen

besteht eher darin, dass ökonomische Erfordernisse selbst zu lebensweltlichen Formen gerinnen. Um im Habermas-Bild zu bleiben: Hier unterwirft kein Kolonialherr mehr eine Stammesgesellschaft, sondern der Anspruch des Marktes und die Anspruchsadressaten treffen sich auf Augenhöhe. Subjekte müssen nicht mehr unterworfen werden, weil das jeweilige Subjekt-konzept bereits einem Narrativ folgt, das ökonomischen Ursprungs ist: vom „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) ist die Rede, von einer „Aktivgesellschaft“ (Lessenich 2009), die den einzelnen dazu bringt, Außenkontrolle und Außenaktivierung in Selbstkontrolle und Selbstaktivierung zu übersetzen, und von einer „Kultur des neuen Kapitalismus“ (Sennett 2006), die neue normative Bilder einer angemessenen Lebensführung erzeugt. Besonders eindringlich wird das in der großen Studie über den *neuen Geist des Kapitalismus* von Luc Boltanski und Ève Chiapello, die konstatieren, dass selbst die Kritik am Kapitalismus inzwischen das Ethos des aktiven und selbstkontrollierten Akteurs aufgenommen hat und Kritik nicht mehr als ökonomische Kritik, sondern als ästhetische Kritik in Stellung bringt (Boltanski / Chiapello 2003).

Als vorläufigen Befund möchte ich also festhalten, dass wir es zum einen mit der Diagnose einer Expansion von ökonomischen Logiken auch in Bereichen zu tun haben, deren Handlungskoordination anderen als ökonomischen Logiken folgt. Zum anderen gilt, dass das Ökonomische selbst mit Hilfe von Kommunikationsformen gerade dort verdeckt wird, wo es um ökonomisches Handeln geht.

Invisibilisierung des Ökonomischen?

Man könnte also behaupten, dass nicht mehr die „systemische“ Verwertungslogik in die Lebenswelt eindringt, sondern umgekehrt: Semantiken in lebensweltlicher Gestalt, Lebensführungskategorien, moralische Selbstbilder, Motivations- und Aktivierungssemantiken dringen in die ökonomische Sphäre ein und machen ökonomische Akteure zu Trägern von moralischen und subjektivierenden Semantiken. Am deutlichsten wird das womöglich in der grassierenden Wertekommunikation in Unternehmen. Werte dringen in die Selbstbeschreibung von Unternehmen ein und bearbeiten damit nicht nur Themen öffentlicher Debatten (vgl. von Groddeck 2011), sondern machen sogar die ökonomischen Rahmenbedingungen der eigenen Tätigkeit unsichtbar (vgl. Nassehi 2012). Unternehmen beschreiben sich vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit als Wertevermittler und als von moralischen Werten getriebene Organisationen, deren Markterfolg sowohl mittels als auch zum Behufe von Werten wie Authentizität, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Respekt, Verantwortung usw. erreicht werden soll. Die Funktion solcher Wertekommunikation liegt unter anderem darin, dass man ihr schwer widersprechen kann – was den performativen Wert dieser Kommunikation dem Informationswert vorordnet. Deshalb fällt übrigens auch eine Kritik jener subjektivierenden und aktivierenden Semantiken der eigenverantwortlichen Lebensführung so schwer, weil der semantische Wertgehalt solcher Forderungen nach Selbstführung letztlich dem bürgerlichen Ideal einer individualisierten, selbstbestimmten, sich mit den Verhältnissen arrangierenden, aber auch engagierten Person sehr ähnlich ist. Eine Kritik der Aktivierung etwa hört sich auf den ersten Blick so an, als kritisiere man das, was stets als Verheißung der Moderne erschien: dass wir unser Leben selbst führen und in die Lage versetzt werden, für eigene Entscheidungen verantwortlich sein zu sollen und zu wollen. Es ist das alte Narrativ, dass gelungene Vergesellschaftung stets mit der Versöhnung von Wollen und Sollen zu tun hat – seit Hegels Zeiten aufgehoben in dem merkwürdigen und immer schon umstrittenen Paradox der Unterwerfung unter ein Allgemeines als Freiheitsgeste (vgl. dazu Nassehi 2006: 69ff).

Vielleicht ist das nur ein weiterer Schritt auf dem Weg der Verbürgerlichung des Proletariats – in dem Sinne, dass im klassischen sozialdemokratischen Konsens diese Verbürgerlichung vor allem durch gemäßigte Umverteilung ermöglicht wurde. Dieses Modell ist durch drei we-

sentliche Merkmale geprägt: eine keynesianische Nachfragesteuerung, ein Sozialsystem, das Dienstleistungen am Markt vorbeivermittelt und damit marktunabhängige Reserven in der Gesellschaft schafft, und schließlich korporatistische Arrangements des Interessenausgleichs (vgl. auch Crouch 2011: 34). Wie instabil dieses stabile System war, wissen wir inzwischen. Diese Instabilität hängt auch damit zusammen, dass die beteiligten Gruppen, Spieler, Antagonisten als ökonomische Akteure aufgetreten sind, die sich in erster Linie ökonomisch verhalten haben, d.h. marktförmig. Das galt, wie Colin Crouch (Crouch 2011: 34ff) überzeugend zeigt, ebenso für die Lohnforderungen von Arbeitnehmergruppen als auch für Staaten, die die eigene Handlungsfähigkeit und Massenloyalität unter dem Druck der Finanzmärkte v.a. durch monetaristische Strategien und die zunehmende Bedeutung von Krediten wiederherstellen wollten – flankiert durch eine Wirtschaftswissenschaft, die auch den Arbeitsmarkt selbstregulierend verstehen wollte, unter Verzicht auf staatliche Eingriffe. So sind dann Phasen von Konjunkturkrisen, hoher Arbeitslosigkeit, Nachfragerückgang und damit verbunden geringeren Lohnforderungen schlicht als Phänomene der (Wieder-)Herstellung von Gleichgewichten zu verstehen.

Diese Liberalisierung der Märkte hat dazu geführt, dass alle beteiligten Spieler sich nun *ökonomischer* beschreiben konnten und mussten, was man durchaus als eine zweite Welle der „Verbürgerlichung des Proletariats“ lesen kann – ökonomischer in dem Sinne, dass nun tatsächlich nicht nur die politische Bereitschaft sank, in die Märkte einzugreifen, sondern damit auch das Bewusstsein dafür, dass das einen positiven Effekt haben kann. Erst in diesem Kontext wird die Moralisierung des Marktes selbst und damit die nicht-ökonomische Beschreibung marktförmigen Handelns verstehbar. Anders gewendet: In einer Phase, in der die kreditgetriebene Form des Wirtschaftens und die Verselbständigung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft den Markt mit ähnlichen Aufgaben versieht wie vormals den Staat, wird eine narrative Aufwertung des Marktes und des Ökonomischen wahrscheinlicher.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Was hier beobachtet werden kann, sind zunächst einmal semantische Formen und Plausibilitäten. Was wir auf dieser Ebene beobachten können, ist eine Ablösung politisch dominierter durch ökonomisch dominierte Semantiken. Ich möchte die These vertreten, dass sich in der funktional differenzierten Gesellschaft Konjunkturen dominanter Narrative ablösen, die freilich jeweils von der Funktion des dazugehörigen Funktionssystems zehren. So treffen in der Tat nach einer Phase des Eindringens politisch dominierter Semantiken in Bereiche, die nicht in erster Linie politische Funktionen ausüben, nun ökonomische Semantiken in Bereiche ein, die nicht in erster Linie ökonomische Funktionen erfüllen. Ich möchte dies im Folgenden als „Optionssteigerung von Funktionen“ erläutern und damit ein bereits früher formuliertes Konzept weiter entwickeln und präzisieren (vgl. dazu Nassehi 1999: 29ff).

Differenzierung

Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft wird oft als Arbeitsteilung missverstanden. Eine systemtheoretische Perspektive auf die Gesellschaft freilich kann keine Arbeitsteilung annehmen, denn Arbeitsteilung müsste letztlich organisiert werden – es müssten Entscheidungen darüber getroffen werden, wie sich die unterschiedlichen Teile der Gesellschaft zueinander verhalten, deshalb waren komplexe Formen der Arbeitsteilung auch stets mit Organisationsbildung verbunden (vgl. Coleman 1986; Luhmann 2000b: 320). Freilich ist die Gesellschaft keine Organisation, sondern ein Sozialsystem, das nicht in Gänze erreichbar ist und deshalb jeglichem Zugriff immer schon zeitlich und systematisch vorausliegt. Schon deshalb betont Niklas Luhmann, dass gesellschaftliche Differenzierung im Kontext der Theorie sozialer Systeme nicht als Unterscheidung von Ganzem und Teil gebaut werden kann. „Es geht nicht um eine *Dekomposition* eines ‚Ganzen‘ in ‚Teile‘, und zwar weder im begrifflichen Sinne

(divisio) noch im Sinne einer Realteilung (partitio)“ (Luhmann 1997: 598). Als Konsequenz formuliert Luhmann, dass Systemdifferenzierung nicht bedeuten könne, das Ganze werde in Teile zerlegt, deren Beziehungen untereinander die Gesamtstruktur des Systems ausmachen. „Vielmehr rekonstruiert *jedes* Teilsystem das umfassende System, dem es angehört und das es mitvollzieht, durch eine *eigene* (teilsystemspezifische) *Differenz von System und Umwelt*“ (Luhmann 1997: 598). Es sind dies Standardformulierungen, wie man sie spätestens seit der 1984er-Wende zur Theorie autopoietischer Sozialsysteme immer wieder liest. Und in der Tat erlaubt gerade dieses Theoriedesign es, den Gedanken einer gesellschaftlichen *Entität* zu dekonstruieren, indem Differenzierung als ein Vorgang aufgefasst wird, der jene Entität nur noch als multiplen Horizont unterschiedlicher Perspektiven kann gelten lassen. Es gibt dann keine Perspektive des Gesamtsystems, die nicht eine *Perspektive* wäre.

Doch leider fällt auch der Sprachgebrauch Luhmanns immer wieder hinter diesen Ertrag zurück, indem er den Horizont der *Gesamtgesellschaft* recht *horizontfrei* in Anschlag bringt. Einige Seiten weiter im Differenzierungskapitel heißt es: „Die Beziehungen zwischen den Teilsystemen haben eine Form, wenn das Gesamtsystem festlegt, wie sie geordnet sind“ (Luhmann 1997: 610). Sehr wohl betont Luhmann, dass die Differenzierungsform einer Gesellschaft keineswegs so etwas wie eine Totalperspektive darstellt, aber bisweilen scheint es so, dass der Gesellschaftsbegriff nach wie vor als Totalbegriff gebildet wird und damit eine epistemologisch radikalisierte Gesellschaftstheorie zumindest erschwert. Worauf es nämlich ankommt, ist das *Movens* von Differenzierung genauer in den Blick zu nehmen. Wenn es stimmt, dass stratifizierte Gesellschaften die Komplexität semantischer Autonomisierungen in Wissenschaft, Ökonomie, Politik, Kunst und sogar Religion nicht mehr mit dem eigenen funktionalen Schema der Stratifikation und Hierarchisierung bewältigen konnte, tritt das funktionale Bezugsproblem der Umstellung auf funktionale Differenzierung erst ins Rampenlicht. Das Bezugsproblem besteht dann darin, Komplexität dadurch zu bewältigen, dass sich autonome Formen von Anschlussfähigkeiten und damit von Systembildung herausgebildet haben. Die Erfolgsbedingungen der einzelnen Funktionssysteme richteten sich dann an internen Anschlussbedingungen aus, die sich von anderen operativ unabhängig gemacht haben. Die Umstellung auf codierte Funktionssysteme hatte den Vorteil, Anschlussfähigkeiten zum Teil auch gegen semantische und intentionale Ansprüche zu sichern. So kann man dann politisch wollen, was man will, bleibt aber gebunden an die Erfolgsbedingungen des Politischen, sachlichen, zeitlichen und sozialen Sinn an der Funktion des Politischen auszurichten, nämlich an der Frage kollektiv bindender Entscheidungen. Und auch ökonomisch kann man wollen, was man will, nur bleibt es eben gebunden an die Funktion des Knappheitsausgleichs – ob man will oder nicht. Die Codierung verselbständigt sich von den Akteuren – weswegen die Systemtheorie eben keine akteurszentrierte Theorie ist, übrigens nur deshalb, um den Akteur und sein Vermögen wirklich ernst zu nehmen (vgl. dazu ausführlich Nassehi 2011: 123ff).

Ebenda habe ich vorgeschlagen, nicht von Differenzierung *der*, sondern von Differenzierung *in der* Gesellschaft zu sprechen, um zu betonen, dass die Ausdifferenzierung der Funktionssysteme nicht „vom Gesamtsystem“ her verstanden werden kann, sondern nur als Ergebnis von kumulierenden Operationen, die es mit der Zeit schaffen, sich als System zu schließen. Die Ausdifferenzierung der Geldwirtschaft, die Entkoppelungen des Politischen von Erlösungs- und Tugendfragen, die Autonomisierung der Wissenschaft auf Wahrheitsfragen, die Taktung von massenmedialer Kommunikation auf Aktualität, die Verrechtlichung von Konflikten und die Eingrenzung von künstlerischen Fragen auf ästhetische Kategorien wurden nicht organisiert, sondern waren das Ergebnis eines evolutionären Prozesses, in dem sich Variationen zu Selektionen verdichtet haben und dann in Codierungen stabilisiert werden konnten. Das evolutionstheoretische Konzept erlaubt denn auch eine präzise Bestimmung des Komplexitätsproblems, das durch die Ausdifferenzierung von Funktionssystemen gelöst wird.

Codierte Systeme zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Anschlussstellen, also die Fortsetzung ihrer Operationsweise ausschließlich in der Zuweisung von positiven oder negativen Code-Werten zu sehen sind. Um ausdifferenzierte Systeme handelt es sich nicht nur deshalb, weil in ihnen die Welt nur in Form von Eigenprojektionen der Codes vorkommt, sondern vor allem deshalb, weil diese stets an Operationen des eigenen Systems anschließen. Mit anderen Worten: Gerade weil es sich bei den modernen Funktionssystemen um codierte Systeme handelt, fehlt ihnen eine eingebaute Stoppregel und damit die Fähigkeit einer besseren Konditionierung der Zukunft. Die einzige Stoppregel, die codierte Systeme kennen könnten, ist die, dass sie sich nur innerhalb des Codes bewegen können – selbst wenn semantisch und aus der Perspektive der Selbstbeschreibung von Akteuren etwas anderes beabsichtigt wird. So kann man ethische, religiöse, politische oder künstlerische Folgen mit einer Zahlung intendieren und wird solche Folgen auch hervorbringen, die Zahlung selbst aber findet ihre Erfolgsbedingung im Systemzusammenhang anderer Zahlungen, so dass auch die beste Intention keine Zahlungsfähigkeit herstellen kann, wenn die Folgen einer Zahlung oder Nicht-Zahlung das nicht hergeben. Das mag befremdlich klingen, bildet aber exakt den Sog ab, den Funktionssysteme der modernen Gesellschaft erzeugen, wenn Operationen ihren Code und ihr symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium verwenden. Das bedeutet auch, dass die Anschlusslogiken der Funktionssysteme in der Weise generalisiert sind, dass es keine Zahlung gibt, die sich der Autopoiesis von Zahlungsketten entziehen kann, wie auch politische Entscheidungen stets für kollektiv bindende Wirkung sorgen müssen oder Wissenschaft sich an Wahrheitsfragen halten muss. Die besondere Eigendynamik solcher Systeme ist es, die die Erfolgsbedingung der Moderne ausmacht: dass sich die auf sich selbst verwiesenen Operationen tatsächlich von flankierenden semantischen Irritationen unabhängig machen können. Aus diesem Sog scheint es kein Entrinnen zu geben.

Fürs Ökonomische ist das leicht plausibel zu machen. Hauke Brunkhorst hat kürzlich in dieser Zeitschrift den Marxismus mit Mitteln der Theorie funktionaler Differenzierung zu rekonstruieren versucht. Er hat gezeigt, wie Marx' Beschreibung der Kreislaufform des Profits um des Profits Willen als selbstreferentielle Schließung des ökonomischen Systems rekonstruiert werden kann, das sich aufgrund seiner Schließung tatsächlich von den Motiven der Akteure nachgerade unabhängig macht. Brunkhorst sieht also in der beständigen „Umwandlung lebendiger in tote Arbeit“ (Brunkhorst 2012: 277) eine Folge der selbstreferentiellen Schließung des Wirtschaftssystems auf Zahlungen, was dieses System krisenanfällig macht und ökonomische Folgen zeitigt, die letztlich das ökonomische Geschehen in seiner Funktionsweise gar nicht stören – man denke an Folgen von Verschuldung, Folgen auf dem Arbeitsmarkt oder soziale Ungleichheit. Mit Marx wird hier rekonstruiert, dass ein Equilibrium des Systems dadurch, dass man nicht von außen eingreifen kann, der unwahrscheinlichste Fall ist. Das ist gut argumentiert – wenigstens in der Hinsicht, dass damit sehr deutlich gezeigt wird, wie ein medien- und codegesteuertes System operiert: Die Erfolgsbedingung¹ ist die Befolgung der codegestützten Form von Anschlussfähigkeit, was dem System eine enorme Plastizität gibt, die freilich durch ein Technologiedefizit im Hinblick auf seine Steuerbarkeit erkaufte werden muss. Jegliche Steuerung muss die Logik des Systems selbst übernehmen und wird dann – selbst wenn Zahlungen politisch oder moralisch motiviert werden – in den Sog des Systems und seine zirkulären Verarbeitungsmechanismen hineingezogen.

Die Erfolgsparameter des Wirtschaftens sind tatsächlich relativ simpel. Es muss zu einem *return on investment* kommen, sonst nimmt sich ein wirtschaftlicher Akteur die Bedingung der Möglichkeit, weiter zu wirtschaften, oder verschlechtert zumindest seine Position. Die

1 Erfolgsbedingung meint hier nicht die Bedingungen, unter denen man ökonomisch erfolgreich sein kann, sondern die Bedingungen, unter denen es dem Wirtschaftssystem (oder auch anderen Funktionssystemen) gelingt, weitere Operationen anschlussfähig zu halten (vgl. Luhmann 1988: 59).

Erfolgsbedingungen des Wirtschaftens sind nahezu unabhängig von den Intentionen, Zwecken und Motiven wirtschaftlicher Akteure, denn es ist ein abstrakter, kaum steuerbarer, in Rückkopplungsschleifen gefangener Marktzusammenhang, der darüber entscheidet, ob sich Erfolg einstellt oder nicht. Das Ökonomische ist vielleicht der eigensinnigste Bereich der Gesellschaft. Geradezu subjektlos resultiert aus der Kumulation vieler Einzelhandlungen ein selbst erzeugter Mechanismus, in dem Wertschöpfung und Wertzerstörung Hand in Hand gehen. Oder anders gewendet: aus der Kumulation je subjektiver Handlungen folgt eine subjektlose Struktur mit eigensinnigen Folgen.

Als besonders eigensinnig erscheint dieser Bereich der Gesellschaft deshalb, weil in ihm nicht einmal der Verdacht aufkommt, als würde er durch andere Mechanismen getrieben als seine in Bilanzen darstellbaren Parameter. Märkte lügen nicht – sie mögen ungerecht sein oder unangenehme Folgen haben, auf ihnen setzt sich nicht automatisch die beste Lösung durch, sie erzeugen Nachfragen, die es ohne ihr Angebot gar nicht gäbe, und nicht zuletzt erzeugen sie Gewinner und Verlierer. Aber sie lügen nicht – freilich sagen sie auch nicht die Wahrheit, sondern objektivieren ihre Resultate aus eigensinnigen Gründen. So sehr die auf Märkten erzeugten Werte Konstruktionen ihrer eigenen Praxis sind, so sehr haben diese Werte einen geradezu objektivierbaren Charakter. Das Geld, jenes fluide Medium, dessen Wert schon durch Gerüchte oder Vertrauensverlust in Frage gestellt werden kann, muss stets erhalten, wenn es darum geht, auf ‚harte‘ Realitäten zu verweisen, auf Realitäten überhaupt. Das wirtschaftliche Geschehen freilich pflegt volatil zu sein – was ja nichts anderes bedeutet, als dass es schnell ist, so schnell, dass es nicht wirklich stabil sein kann und zu rasenden Praktiken führt (vgl. Zalom 2006). Gut zu wirtschaften, heißt also, sich als ökonomischer Akteur so zu stabilisieren, dass einem die Volatilität der Preise, der Nachfrage und des Angebots nichts anhaben kann und man existent bleibt. Die einzige Existenzbedingung ist die Marktpräsenz – und sie ist für den wirtschaftlichen Prozess in den meisten Fällen nicht wirklich nötig (Stichwort: angebliche oder wirkliche Systemrelevanz!), deshalb sind Märkte eben auch Zerstörer. Sie lassen verschwinden, was nicht marktgängig ist, und sie lassen den überleben, der am Markt überlebt.

Man könnte diese Beschreibung nun so fortführen und käme dann dazu, den Eigensinn der Marktwirtschaft als einen selbstreferentiellen Prozess zu beschreiben, der letztlich im Blindflug oder wie ein U-Boot Realitätskontakt ausschließlich mit den systemeigenen Instrumenten pflegen kann. Diese Instrumente messen rein ökonomieinterne Parameter – und ihr ästhetisch beredtester Ausdruck ist womöglich der Computerhandel an Börsen, in dem Apparate nach Algorithmen über Kauf und Verkauf entscheiden, indem sie Angebot und Nachfrage letztlich an Preisdifferenzen und ihren Dynamiken modellieren (vgl. Knorr Cetina 2012).

Diese Beschreibung des Ökonomischen ist eine Karikatur – aber sie enthält durchaus die entscheidenden Parameter. Denn es ist keineswegs so, dass der Markt eine Maschine ist, in der Angebot und Nachfrage allein über den Preis reguliert werden und damit eine Struktur entstehen lassen. In der Konsequenz sind es aber in der Tat die Bilanzen ökonomischer Akteure, an denen sich ihre Zahlungsfähigkeit oder Kreditwürdigkeit ablesen lässt und die darüber entscheiden, ob man angemessen gewirtschaftet hat. Was ökonomisch erfolgreich war und was nicht, entscheidet sich letztlich über die Dynamik und die internen Folgen von Zahlungsketten, die nichts anderes hinterlassen als Zahlungsfähigkeit oder -unfähigkeit. Das ist letztlich das letzte *factum brutum* des ökonomischen Systems, dessen Medium Geld das einzige Medium ist, mit dem sich Formen ökonomisch ausdrücken lassen. Mit anderen Worten: Was sich nicht als Geldwert darstellen lässt, existiert nicht – zumindest nicht in dem Sinne, dass es Folgen für jene Parameter hätte, in denen sich Erfolg und Misserfolg des Wirtschaftlichen auf den Begriff bringen lässt. Der Geldverkehr, dieser mächtige, zugleich doch so blinde Systemzusammenhang, ist ein Symbol reinster Immanenz. Es gilt nur, was in ihm und durch ihn gilt. Geldwert lässt sich durch keinen anderen Wert substituieren – zumindest nicht ökonomisch. Damit ähnelt

die Transaktion mit dem Medium Geld auch anderen Transaktionen, etwa Transaktionen durch sprachliches Bezeichnen.

Die poststrukturalistische Zeichentheorie (vgl. Derrida 1988) etwa hat auf die radikale Immanenz allen Bezeichnens hingewiesen: das heißt auf die nicht hintergehbare Gefangenschaft allen Sprechens in der Sprache und auf die Unbenennbarkeit der Welt außerhalb von Benennungen. Um sprachlich Wirkung zu erzielen, bedarf es wieder des Sprechens, weil Sprache nichts anderes registrieren kann als Gesprochenes / Sprachliches. Sprache kann die ganze Welt ausdrücken – aber eben nur in sprachlichen Formen. Schon die Innenwelten der Sprecher kommen in ihr nur in sprachlicher Form vor. So muss man sich auch die radikale Immanenz der Geldwirtschaft vorstellen. Sie kann alles darstellen – aber eben nur ökonomisch. Das gilt auch für die außerökonomischen Motive ökonomischer Akteure, wenn sie gerecht, tolerant oder gar tolerabel sein wollen.

Die besondere Potenz dieser auf Geldwirtschaft und dezentrale Organisation setzenden Form des Wirtschaftens, vulgo bekannt als „Kapitalismus“, besteht wohl darin, dass Knappheitsausgleich von anderen Funktionen unabhängig gemacht werden konnte. Das Geld ist ein geschichts- und gesichtsloses Medium, weil man ihm nicht ansieht, wo es her kommt und wo es hin geht (vgl. Baecker 1987). Geld ist das vielleicht simpelste Medium, weil es wenig Interpretationsspielraum hinterlässt. Es kann harte Faktizitäten simulieren und lässt sich in alle möglichen Waren, Dienstleistungen, Erlebnisse usw. übersetzen, wenn man nur zahlen kann. Doch dabei folgt es wieder nur seiner eigenen Logik. Deshalb war dieses besonders potente Medium auch nie in der Lage, gesellschaftliche Probleme zu lösen – und war deshalb der entscheidende Kulminationspunkt für Kritik. Der Markt kann alleine keine Ordnung schaffen, er kann keine Bevölkerungen versorgen, kann nicht für Gerechtigkeit sorgen, ist nicht daran interessiert, wie Güter und Möglichkeiten distribuiert werden. All das interessiert den Markt deshalb nicht, weil sich das letztlich nicht ökonomisch im engeren Sinne darstellen lässt. Der Markt der Ökonomie ist insofern tatsächlich ein operativ geschlossenes System von Zahlungen, die wiederum Folgen haben – für Zahlungen.

Eine solche Beschreibung des Wirtschaftssystems stellt vor allem auf die Geschlossenheit seiner Operationsweise ab, vernachlässigt aber die Offenheit des Systems. Denn der für sich letztlich blinde Mechanismus einer systemischen Schließung von Zahlungsvorgängen in Zahlungsketten und ihren Folgen für Zahlungsfähigkeit erzeugt zwar eine radikale Immanenz ihrer kumulierenden Folgen. Aber die Operationen selbst können sich letztlich nicht in ihrer Systemhaftigkeit wahrnehmen. „Die Offenheit der Wirtschaft findet ihren Ausdruck mithin darin, daß Zahlungen an Gründe für Zahlungen gebunden sind, die letztlich in die Umwelt des Systems verweisen.“ (Luhmann 1988: 59) Was man dann sieht, sind andere Marktakteure mit ihren Zwecken und Intentionen, Narrative über Preisentwicklungen, Angebot und Nachfrage auf Produkt- und Dienstleistungsmärkten, Verfügbarkeit von Kapital und nicht zuletzt Einschätzungen darüber, wie andere sich auf dem Markt bewegen werden und wie dieser sich entwickeln wird. Der Markt erscheint dann als Netzwerk. Es war am deutlichsten Harrison C. White (1981; 2002), der darauf hingewiesen hat, dass es vor allem wechselseitige Beobachtungen und Positionskämpfe von Marktteilnehmern in Märkten sind, die Kaufentscheidungen plausibel machen. In Netzwerken entstehen Informationen, Beobachtungen, Einschätzungen, Gewohnheiten, Vorurteile, Erwartungen und nicht zuletzt angemessene Beschreibungen des Marktes, der sich ja vor allem dadurch auszeichnet, dass niemand vollständige Informationen hat, weil der Markt sonst zusammenbrechen würde. Das Merkwürdige am Wirtschaftssystem ist, dass es unerbittlich nach seiner eigenen Logik funktioniert, dass man sich aber stets seinen Reim darauf machen muss und Kategorien erfinden muss, um mit ihm zu leben. Nicht umsonst war die Ausdifferenzierung eines modernen, kapitalistischen Wirtschaftssystems stets mit der Moralisierung des Ökonomischen und der Politisierung von Märkten verbunden. Und nicht

umsonst entstehen um die letztlich rein ökonomisch fundierte Anschlusslogik Formen von Selbstbeschreibungen und Reflexionstheorien, die zu nichts anderem dienen, als sich einen Reim auf das zu machen, was sich unerbittlich vollzieht: dass die Erfolgsbedingungen für Zahlungen und Nicht-Zahlungen ausschließlich in weiteren Zahlungen und Nicht-Zahlungen zu suchen sind (vgl. dazu Händler 2012).

Das operative Ordnungsproblem der Gesellschaft wird durch die Ausdifferenzierung code-gestützter Anschlusslogiken und systemischer Schließung von Funktionssystemen gelöst – das praktische Ordnungsproblem, in der Gesellschaft mit den Folgen dieser Differenzierung umzugehen, wird dagegen durch zwei Mechanismen gelöst: *einerseits* die Organisationsbildung, was Muster der Handhabung der unterschiedlichen Anschlusslogiken auf Dauer stellt, *andererseits*, damit einhergehend, die Etablierung von spezifischen organisationsgestützten Handlungstypen in Form von Publikums- und Leistungsrollen, Professionstypen, Erwartungsstilen und Mentalitäten. Diese beiden Mechanismen sind es letztlich, als die das ökonomische System (und auch alle anderen Funktionssysteme) letztlich einem alltäglichen Beobachter erscheint, also solchen Beobachtern, die in den von Harrison White beschriebenen Netzwerken dafür sorgen, dass sich oberhalb der brutalen Logik (im Sinne eines *factum brutum*) ökonomischer Anschlussbedingungen Ordnungsmuster ergeben, die dann den Code entsprechend verwenden.

Ich beschreibe dieses Doppelgesicht des Ökonomischen als einerseits sehr einfache, sich systemisch schließende Autopoiesis von Zahlungen, andererseits als Raum einer wirtschaftlichen Praxis, die sich vor allem innerhalb von gesellschaftlichen Erwartungen, Folgen und Formen plausibilisieren muss, um darauf hinzuweisen, dass der selbe Mechanismus auch für andere Funktionssysteme gilt. Am Eigensinn des Ökonomischen lässt es sich nur am deutlichsten zeigen. Aber auch für das politische, das wissenschaftliche, das rechtliche, das religiöse oder das erzieherische Funktionssystem gilt, dass seine systemische Schließung ausschließlich in sehr einfachen Codierungen und symbolisch generalisierten Anschlussformen liegt. Das *politische System* kann alles beobachten, aber die Erfolgsbedingungen liegen ausschließlich darin, ob politische Kommunikation dazu führt, die Macht zu erhalten (in der Doppelbedeutung dieses Prädikats). Was Harrison White über die Netzwerkbedingungen von Märkten sagt, gilt dann auch hier: Es sind wechselseitige Beobachtungen, Einschätzungen, Erwartungen von politischen Akteuren, die zu entsprechenden Selbstbeschreibungen führen, etwa zur Pflege politischer Programme und Differenzen, zum merkwürdigen Wechselspiel sachorientierter Einschätzungen der „Lage“ mit dem eigentlich „politischen“ Sinn solcher Einschätzungen im Hinblick auf die codegestützten Erfolgsbedingungen. Das *Wissenschaftssystem* schließt sich darüber, dass es Wahrheitsfragen als Wahrheitsfragen behandelt – und letztlich ist das die einzige Bedingung für Anschlussfähigkeit. Aber es entscheidet sich dann eben im Hinblick darauf, welche wissenschaftliche Kommunikation weiter geführt wird und welche nicht. An wissenschaftlichen Publikationen kann man schön beobachten, wie viele wissenschaftliche Frösche geküsst werden müssen, bis einer wie ein Prinz quakt und von weiterer wissenschaftlicher Kommunikation sichtbar beobachtet wird. Die ungeheure Breite und Komplexität dessen, was Wissenschaft vermag, liegt an der einfachen Bedingung ihrer Anschlussfähigkeit. Nur weil der Code so simpel ist, kann Wissenschaft komplex sein. Das gilt für alle anderen Funktionssysteme auch.

Vielleicht treffen wir hier auf den eigentlichen Ertrag dessen, was die Theorie funktionaler Differenzierung wirklich wissenschaftlich interessant macht. Funktionale Differenzierung meint eben nicht so etwas wie eine Differenz kultureller Wertsphären, auch nicht Arbeitsteilung oder die bloße Differenz von Professionen. Die Theorie funktionaler Differenzierung geht vom Problem der Komplexität der Gesellschaft aus. Sie beschreibt, wie Komplexität durch Einfachheit reduziert und ermöglicht wird. Die Codierungen sind geradezu provokativ simpel

– gerade deshalb können sie der Komplexität der modernen Welt entgegenkommen. Die unfassbare Formenvielfalt des modernen Kapitalismus etwa ist ein Resultat seines im Vergleich dazu simplen Erfolgsmodus. Und die Pluralisierung politischer Interessen, Lösungshorizonte und Programme ist nur möglich, weil dahinter ein sehr simpler Mechanismus von Machterwerb und -verlust steht, vor dem politische Rede erst als politische Rede dechiffrierbar wird. Die Schließung dieser Funktionssysteme ist deshalb in ganz und gar radikaler Weise ausschließlich als *operative* Schließung zu sehen, nicht als semantische oder organisatorische Schließung. Deshalb muss man die Selbstbeschreibungen von Funktionssystemen und ihre Operationsweise auch unterscheiden, um den systemtheoretischen Sinn der Differenzierungstheorie zu verstehen. Und wenn man das in Rechnung stellt, kommt man Hauke Brunkhorsts von Marx inspirierten Lesart der Differenzierungstheorie recht nahe. Die Ökonomie kann durchaus gesellschaftliche Probleme lösen – aber logischerweise nicht die, die durch den ökonomischen Kreislauf selbst erzeugt werden.

Optionssteigerungen

Eine funktionale Lösung für das Komplexitätsproblem, das mit der Umstellung auf funktionale Differenzierung bewältigt wird, besteht darin, dass sich Anschlüsse von externen und internen Stoppregeln unabhängig machen. Diese Lösung ist zugleich das Problem. Die Codierung ist so niedrigschwellig gebaut, dass letztlich alles, was geschieht, Beobachtungsanlass für die Funktionssysteme wird: Letztlich kann alles, was unter der Sonne geschieht, politisch, rechtsförmig, religiös, wissenschaftlich, künstlerisch oder pädagogisch verarbeitet werden und lässt Optionen für weiteres Verhalten nie knapp werden, denn exakt dafür haben sie sich ausdifferenziert: Anschlüsse weniger unwahrscheinlich zu machen. Funktionssysteme, deren einzige Existenz-, besser: Operationsbedingung die Anwendung ihres Codes ist, verlieren gewissermaßen die Selbstkontrolle, weil sie aus ihrem Code nicht ausbrechen können.

Beispiele dafür lassen sich mannigfaltig finden: *Wissenschaft* kann wissenschaftliche Erkenntnisse nicht vermeiden oder aktiv vergessen, deshalb wird man weder die Kernspaltung noch die Systemtheorie wieder los und deshalb verlieren wissenschaftliche Perspektiven auch an Konvergenz mit sogenannten *lebensweltlichen* Perspektiven; *medizinischer Fortschritt* führt zu medizinischen Optionssteigerungen, die im Kontakt mit medizinischen Nachfragern kaum mehr auf Verständnis, geschweige denn auf eingelebte Rituale treffen, man denke nur an den gesamten Fragenkomplex der Intensivmedizin oder der Todeszeitbestimmung zwecks Organtransplantation; *ökonomische Prozesse* haben sich teilweise völlig vom Warenverkehr und von der Warenproduktion abgekoppelt und greifen auf Optionen eines geradezu virtuellen Geldverkehrs zu, der sich von wirtschaftlichen Bedürfnissen ganzer Volkswirtschaften abgekoppelt hat; die *technische Entwicklung* greift auf Optionen zu, die ihrerseits nicht mehr rational zu beherrschen sind, weil sie so komplexe Zeit- und Sachdispositionen auflaufen lassen, dass weder Zeit noch Kenntnis für Entscheidungen bleibt; *Politik* kann sich letztlich zu keinem Thema enthalten, in dem Macht erworben, gesichert oder verloren werden könnte. Die Quintessenz meiner These lautet also: *Codierte Funktionssysteme haben weder externe noch interne Kriterien, die ihre Operationen limitieren könnten, die also ein Maß zur Selbstbeschränkung, zum Verzicht auf Optionen ausbilden oder letztlich zu völliger Transparenz der eigenen Logik führen könnten.* Das Fehlen einer Stoppregel gilt wenigstens auf der Ebene der Codierung, die ja in ihrer evolutionär simplen Form gerade funktional dafür sorgen soll, dass das System nicht auf interne Stoppregeln stößt. Das Bezugsproblem war bei der Umstellung von stratifikatorischer Differenzierung gerade die durch Schichtung bedingte Stoppregel, dass Anschlussfähigkeiten stets auf Grenzen stießen, die außerhalb ihrer eigenen Logik lagen.

Die Ausdifferenzierung von Teilsystemen der Gesellschaft am Differenzierungskriterium der Funktionen hat also ein Problem gelöst, das nun seinerseits Folgeprobleme erzeugt. Die

Stärke simpler, binärer Codierung wird zu einem Krisen Anlass. Und letztlich steht der Gesellschaft wenig anderes zur Verfügung, als den krisenerzeugenden Mechanismus zu verwenden, um mit der Krise klarzukommen. Wahrscheinlich kommt man nicht umhin, so etwas wie gelungene Vergesellschaftung an eine Art Equilibrium der Funktionen zu binden – was schon aus konzeptionellen Gründen auf Antinomien stößt, denn wo soll der Ort sein, an dem man für solches Gleichgewicht sorgen soll? Das evolutionstheoretische Design der Differenzierungstheorie kann denn auch zeigen, wie sehr gesellschaftliche Ordnung (nicht zu verwechseln mit: gesellschaftlichen Differenzierungsstrukturen) etwas ist, das durch je gegenwärtige Operationen immer wieder neu hergestellt werden muss. Nicht umsonst hatte Parsons in seinem systemtheoretischen Modell noch so etwas wie eine Integrationsfunktion vorgesehen, um dieses Bezugsproblem zu lösen. Eine operativ gebaute Differenzierungstheorie muss darauf verzichten und Integration im Sinne der Einschränkung der Teile zugunsten eines Ganzen in die Teile selbst verlagern und sie dann zu einer empirischen Frage machen – zu der empirischen Frage, ob die intern nicht sichtbaren Folgen einzelner Optionssteigerungen von andern Funktionssystemen aufgefangen werden können – also etwa die Folgen einer dynamischen Wirtschaft für Güter- und Arbeitsmärkte durch das politische System; die Folgen politischer Steuerungseuphorien durch ein kontrollierendes Rechtssystem; die Folgen wissenschaftlicher Eindeutigkeitszumutungen durch religiöse Formen des Umgangs mit Unbestimmtheit usw. All das kann aber stets nur operativ, nur konkret, nur in praxi erzeugt werden, nicht als Strukturkategorie. Gelingt das nicht, kommt es zu krisenhaften Optionssteigerungen, wie man sie stets in solchen Phasen beobachten kann, in denen einzelne Funktionssysteme der Gesellschaft ihre Optionen so stark steigern können, dass sie die Programmierung anderer Funktionssysteme beeinflussen.

Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts von rechts und links etwa können dann als Optionssteigerungen des Politischen interpretiert werden, die ökonomische, wissenschaftliche, erzieherische, mediale, rechtliche und religiöse Operationen entsprechend programmiert haben, wenigstens in dem Sinne, wie Harrison C. White die netzwerkhafte wechselseitige Beobachtung und Strukturbildung beschreibt, die über die Funktionssysteme hinausgeht. Nur so kann es Funktionssystemen gelingen, ihren Strukturwert für die Gesamtgesellschaft zu erhöhen – und das haben faschistische Regime und der Nationalsozialismus ebenso vermocht wie der real existierende Sozialismus kommunistischer Einheitsparteien, eingedenk aller systematischen Unterschiede dieser Bewegungen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie in ähnliche Krisen geraten, weil sie sich eben nur selbstreferentiell an sich selbst kontrollieren können. Die Folge ist eine Machtkrise, die aus der unkontrollierten Anwendung von Macht resultiert. Ein Indikator dafür ist die Gewaltnähe solcher Regime, die nur ein Ausdruck dafür sind, dass der systeminterne Machtkreislauf gestört ist. Kollektiv bindende Entscheidungen können dann nicht mehr auf die Einsicht und Legitimation durch das Publikum rechnen, sondern müssen gegen das Publikum und durch offene Drohung mit Gewalt durchgesetzt werden, während unter anderen Bedingungen Gewalt nur als abstrakte Drohung vorliegt, nicht als konkrete Wirklichkeit. Jedenfalls lässt sich diese Optionssteigerung des Politischen als krisenhafte Entwicklung beschreiben, weil die Übererfüllung der Funktion die Funktionserfüllung unmöglich macht.

Von einer marxistischen Beschreibung unterscheidet sich dies nur, weil in solchen krisenhaften Entwicklungen aus differenzierungstheoretischer Perspektive keine Notwendigkeit gesehen wird und weil die Folge selbstreferentieller Optionssteigerungen nicht allein auf das ökonomische System bezogen wird. Insofern ist eine solche Perspektive sowohl empirisch tiefschärfer als auch radikaler, weil sie krisenhafte Verläufe nicht nur ökonomisch denken kann. Denn den Faschismus etwa ausschließlich als Kapitalismusfolge zu interpretieren, scheint doch zu einfach zu sein.

Was wir derzeit als Ökonomisierung bezeichnen, ist dann analog dazu tatsächlich eine Optionssteigerung des Ökonomischen, das die Programmierung anderer Funktionssysteme und Organisationen der Gesellschaft bestimmt, was letztlich nur auf den ersten Blick ein *Sieg* des Ökonomischen über andere Funktionen ist. Was wir derzeit beobachten, ist letztlich eine Selbstgefährdung des Ökonomischen durch seine Optionssteigerung. Wie Colin Crouch in seiner Studie *Über das befremdliche Überleben des Neoliberalismus* gezeigt hat, war es der Keynesianismus selbst, der es der Finanzwirtschaft ermöglicht hat, von staatlicher Ausgabenpolitik so weit zu profitieren, dass sie im Sinne einer monetaristischen Politik ihre volkswirtschaftliche Funktion für die Realwirtschaft eingebüßt hat. „Insofern waren wir alle Komplizen dieses Finanzierungsmodells – was es dem Staat dann noch schwerer machte, in der Krise Gesuche der Banken abzulehnen, die darum baten, man möge doch bitte dabei helfen, wieder auf die Füße zu kommen.“ (Crouch 2011: 159) Staaten waren immer auch ökonomische Akteure, aber inzwischen wurde die Beschaffung von Geld dadurch einfacher, dass der Geldmarkt immer flexibler wurde. Paradoxerweise waren die Banken die staatstreuesten Akteure – sie haben trotz aller sogenannten neoliberalen Semantik den Staaten mehr vertraut als unterprivilegierte Wähler. Der Staat als Kreditnehmer, der sich als Wohlfahrtsstaat Massenloyalität durch teure Versorgung unterschiedlicher Gruppen der Gesellschaft erkaufte, anstatt lediglich für die Daseinsvorsorge derjenigen zu sorgen, die Unterstützung tatsächlich brauchen, galt per se als kreditwürdig. Banken hatten ein geradezu „sozialistisches“ Verständnis vom Staat: als Adresse immerwährender Zahlungsfähigkeit. Staaten haben sich also genauso an den Finanzmärkten bedient wie private Haushalte auch. Crouch spricht von „Wachstum der Kreditmärkte für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen“ sowie von der „Entstehung von Märkten für Derivate und Terminkontrakte für Menschen mit großem Vermögen. Diese Kombination brachte einen ‚Keynesianismus der privaten Hand‘ hervor, der zunächst zufällig entstand, dann aber von der Politik aufgegriffen und gezielt gefördert wurde. Statt daß der Staat Schulden machte, um die Wirtschaft anzukurbeln, verschuldeten sich Privatleute, nicht zuletzt die, deren Einkommen gering war.“ (Crouch 2011: 164) Diese eher auf die USA gemünzte Diagnose gilt strukturell auch für Europa mit seiner stärkeren Staatstätigkeit – aber es zeigt, wie die Ökonomisierung von Semantiken andere Funktionssysteme und Organisationen entsprechend programmieren kann. Lapidar schreibt Crouch: „Das Problem ist, daß Banker wie Politiker vom Baum der Erkenntnis der sekundären Märkte gekostet haben.“ (Crouch 2011: 175) Die Folgen sind bekannt, und sie wirken sich auf entsprechende Steuerungsmodelle aus – man denke nur an die Steuerung der Forschung an Universitäten durch betriebswirtschaftliche Steuerungstools (vgl. Kühl 2012; Münch 2011) oder an ökonomische Formen des *New Public Management* (vgl. R. Vogel 2007). Dass dies differenzierungstheoretisch keine *Entdifferenzierung* bedeutet (so aber Richter 2009), lässt sich leicht daran erkennen, dass sich nur die Steuerungstools ökonomisch gebärden, nicht aber die Operationen selbst. Nicht einmal die ökonomienäheste Semantik an Hochschulen stellt wissenschaftliche (Forschung) und erzieherische (Lehre) Operationen auf die Erfolgsbedingungen des Geldmediums um. Und die Umstellung etwa kommunaler Verwaltungen auf ökonomische Steuerungsmodelle kann nur so weit gehen, wie es sich politisch darstellen lässt, also im Hinblick auf kollektiv bindende Entscheidungen und ihre (künftig in Wahlen zu ermittelnde) Legitimation.

Optionssteigerungen des Ökonomischen haben also ähnliche Folgen wie diejenigen des politischen Systems im 20. Jahrhundert. Die krisenhafte Zuspitzung auf die Funktionsübererfüllung des Systems – dort Totalpolitisierung der Gesellschaft durch Ausschaltung der negativen Codewerte des Politischen (Opposition), hier Abkoppelung von wirtschaftlichen Operationen durch Abkoppelungen von realwirtschaftlichen Umweltbedingungen vor allem in der Finanzwirtschaft – führt letztlich zu einer Entwertung des Mediums, das dann anders gesichert werden muss. Es ist womöglich keine Übertreibung, folgende Analogie zu bilden: Was in den Optionssteigerungen des Politischen die Anwendung von Gewalt als Sicherung von Macht war, ist in den Optionssteigerungen des Ökonomischen der Finanzbedarf der Banken, der sich nicht

mehr wirtschaftlich herstellen lässt, sondern paradoxerweise aus der „Umwelt“ des Systems bezogen werden muss, kommt doch in der Umwelt des Wirtschaftssystems gar kein Geld vor. Gewalt in der Politik macht sichtbar, was sonst unsichtbar bleiben muss: dass im Extremfall die Sanktionsdrohung des Staates jene Ordnung herstellen kann, die vor allem dann reibungslos funktioniert, wenn auf die Drohung verzichtet werden kann (vgl. Luhmann 2000 a: 46 f). Der Zusammenbruch von Banken und ihr Finanzbedarf von außen macht sichtbar, wie selbstreferentiell und fragil das Geld letztlich ist und wie sehr sein Wert davon abhängt, dass man von den Bedingungen seines Wertes im operativen Geschäft absehen kann. All das ist die Folge einer Optionssteigerung, die auch das Publikum erfasst hat, dem dies durch semantische Flankierung plausibel gemacht wurde – denn dieses Publikum hat, wie staatliche Akteure auch, seine Unschuld dadurch verloren, dass es „vom Baum der Erkenntnis der sekundären Märkte gekostet“ (Crouch 2011: 174) hat, um noch einmal diese gelungene Formulierung von Colin Crouch aufzunehmen.

Semantische Ökonomisierung

Auf diese semantische Flankierung kommt es an, um das zu verstehen, was sich derzeit an „Ökonomisierungstendenzen“ beobachten lässt. Denn allein die Tatsache, dass die Ökonomie immer bedeutsamer, effizienter und leistungsfähiger wurde, wie Norman Braun und Tobias Wolbring (in diesem Heft) schreiben, reicht nicht hin, um den sozialen Sinn dieser Diagnose verstehen zu können. Man kann sicher so etwas wie Selbstbeschreibungskonjunkturen im Sinne einer Diskursanalyse herausarbeiten – Konjunkturen öffentlicher semantischer Bestände, die für sich eine besondere Plausibilität und Anschlussfähigkeit reklamieren können. Solche Semantiken nutzen nicht nur mediale Anschlussfähigkeit, institutionelle Unterstützung und Arrangements, sondern zehren letztlich auch von der Funktion ihres jeweiligen semantischen Ursprungs, denn solche Semantiken stammen in ihren gepflegten Formen vor allem aus Reflexionstheorien von Funktionssystemen. Die semantische Karriere etwa der politischen Selbstbeschreibung – „Das Private ist politisch!“ – ist nicht nur eine Selbstbeschreibung von Organisationen oder Personen im Gewande politischer Begrifflichkeiten. Sie zehrt auch von der Funktion des Politischen, die Welt im Hinblick auf kollektiv bindende Entscheidungen zu beobachten und Ordnung vor allem dadurch in die Welt zu bekommen, das kollektiv Regelbare vom Nicht-Regelbaren zu unterscheiden. Die Politisierung von Diskursen erleichtert dann die Verortung innerhalb von Diskursen – man kann sich dann entsprechend verorten, kritisch oder affirmativ, links oder konservativ, oder man wird verortet. Die Karriere der Semantik hat dann Partizipation, Symmetrie und Legitimation, sogar die Demokratisierung von Entscheidungen in Organisationen plausibel gemacht (vgl. dazu Greven 1999). Und wenn ich sage, dass sie dadurch plausibel gemacht wurden, dann bedeutet das nicht, dass sie nicht plausibel sind oder sein können – denn das ist nicht mein Thema. Es bedeutet, dass sie erst praktisch in der Kommunikation plausibilisiert werden können.

Wirklich plausibel ist ein Motiv in der Selbstbeschreibung dann, wenn die Kosten steigen, ihm zu widersprechen – die kommunikativen, argumentativen Kosten wohlgemerkt. Solche Konjunkturen gab es stets – man denke etwa an eine Zwischenphase der wissenschaftlichen Selbstbeschreibung als „wissenschaftlich-technische Zivilisation“ (vgl. Schelsky 1965; Bühl 1994) oder an die Konjunktur fundamentalistisch-religiöser Selbstbeschreibungen, die andere Formen zu überlagern in der Lage sind (vgl. Graf 2004; Riesebrodt 2001; Kepel 1991). Im ersten Fall erscheint die Welt dann als Welt der Sachgesetzlichkeit, in dem von Max Weber formulierten Sinne, dass sich, „wenn man nur wollte“ (Weber 1994: 4), die Welt durch Berechnung beherrschen lassen könnte. Im zweiten Fall wird religiöses Bekenntnis insbesondere in die Form der „Kultur“ (vgl. Luhmann 1996) gebracht und dabei ein von anderen Bekenntnissen abgrenzbares Bekenntnis verlangt.

All das kann hier nicht tiefenscharf behandelt werden – es soll lediglich dazu dienen, den Status ökonomisierender Selbstbeschreibungen zu verstehen. Ökonomische Selbstbeschreibungen wie die Selbstaktivierung des Individuums, der investive Einsatz eigener Fertigkeiten im zukünftigen Lebenslauf, die Fähigkeit zur flexiblen Anpassung an Angebot und Nachfrage auf Märkten aller Art (Arbeitsmärkte, Produktmärkte, Beziehungs-/Heiratsmärkte) führen zu einer merkwürdigen Semantik, in der „Selbstmanagement und Selbstoptimierung als Zwang und Erlösung“ (Maasen 2012) gleichzeitig erscheinen. Bedeutsam daran ist, dass diese „ökonomisierten“ Semantiken gar keine ökonomischen Semantiken im engeren Sinne sind. Sie nehmen vielmehr die sozialmoralischen Forderungen auf, die flankierend zur Optionssteigerung des Ökonomischen insbesondere mit monetaristischen und finanzwirtschaftlichen Mitteln entstanden sind. Wie ich oben gezeigt habe, konnte diese Optionssteigerung nur gelingen, weil es beim Publikum Mentalitäten voraussetzen konnte, die die Plausibilität der ökonomischen Lösbarkeit von Problemen geglaubt haben. Der gemeinsame Bedeutungsraum von *Leistung*, *Risiko*, *Selbstmanagement*, *Optimierung* und *Performance* ließ Kritiker ökonomischer Zukunftsversprechen wie Zauderer erscheinen.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Wenn ich hier von einer *semantischen Ökonomisierung* spreche, ist damit keineswegs gemeint, dass es sich um eher folgenlose Formen handelt, eben nur semantische. Das Gegenteil ist der Fall. Die Ökonomisierung von Semantiken hat erhebliche Folgen. Wie die Politisierung von Semantiken von der Funktion des Politischen gezehrt hat, also alles, was geschieht, im Hinblick auf seine kollektive und am Ende entscheidungsfähige Form zu beobachten, zehren auch ökonomische Semantiken von der Funktion desjenigen Funktionssystems, dem sie entstammen. Selbstbeschreibungen dienen dazu, durch Programmierungen und Bedeutungsräume Plausibilitäten zu erzeugen. Wenn auch im Rücken der Operationen die nachgerade blinde, codegestützte Schließung der Funktionssysteme abläuft, semantische Formen mildern dies gewissermaßen ab und machen ein überkomplexes System narrationsfähig.

Die politisierte Selbstbeschreibung war eine ebensolche Simplifizierung, wie es die ökonomische ist – und diese Simplifizierung erzwingt geradezu die Assimilation anderer narrationsfähiger Plausibilitäten. Letztlich unterschreiten die narrationsfähigen Formen der Beschreibung die Komplexität der Gesellschaft einerseits und die Einfachheit ihrer Differenziertheit andererseits. Diese Reduktion von Komplexität könnte man als eine Benutzeroberfläche beschreiben, mit Hilfe derer sich die Gesellschaft selbst handhabbar macht.

Und das ist alles andere als Beiwerk oder gar Ideologie. Es hat Folgen, operative Folgen, die zum einen innerhalb des ökonomischen Systems zu radikalen Optionssteigerungen geführt haben, die sich insbesondere in der reinen Selbstreferenz der Finanzwirtschaft zeigen, in der Medium und Form in Gestalt des Geldes zusammenfallen. Zum anderen sind die Folgen dort zu beobachten, wo es gelingt, die Programmierung anderer Funktionssysteme zu infizieren. All das, was unter der Ökonomisierung der Gesellschaft subsumiert wird, bekommt dann eine gewisse semantische Würde und Plausibilität, gegen die vorzugehen letztlich die Kritik bestätigt, die durch die entsprechende Leitsemantik erzeugt wird. So ist, um es sehr idealtypisch auszudrücken, der Versuch, sich politisierten Semantiken zu entziehen, ein Hinweis auf die Richtigkeit der Diagnose: denn gerade die Leugnung politischer Implikationen hat eine politische Implikation. Ebenso ist der Versuch, sich semantisch der ökonomisierten Narrative zu entziehen, ein Hinweis auf die Notwendigkeit einer stärker ökonomisch beschaffenen Regulierung. Damit ersichert gerade die semantische Karriere solcher Leitsemantiken ihre Kritik, denn diese scheint nur zu bestätigen, was sie kritisiert.

Auch wenn es vielleicht keine theoretisch angemessene Kategorie ist, so spielt im öffentlichen semantischen Raum durchaus die Frage eine Rolle, welche Formen von Selbstbeschreibungen *cool* sein können. Coolness als Kategorie zwischen Lebensführung, Berufsausübung

und Konsum (Frank 1998) wird als spezifische Form der Selbstdistanzierung beschrieben, die in der Lage ist, über *impression management* ein in diesem Sinne unternehmerisches Verhältnis zu sich selbst aufzubauen, das ganz und gar ökonomisch Mitteleinsatz und Ertrag in Rechnung stellt. Das gilt ebenso für Personen wie für Organisationen – und es ist unter anderem die Coolness der Beschreibung, die letztlich diejenigen, die Organisationen führen und steuern, mit Mitteln ausstatten, plausibel zu erscheinen. Wie sonst lässt sich erklären, dass es gelingen kann, etwa an Universitäten Routinen zu etablieren, die sich dem Controlling in Unternehmen annähern: Kundenorientierung und Evaluation von Leistungen durch ein kundenähnliches Beurteilungssystem, Messparameter bei der Beurteilung von Forschungs- und Lehrleistungen etc. Was man erklären muss, ist ja nicht nur, dass es diese Formen der Steuerung gibt, sondern warum diese so plausibel erscheinen. Womöglich hängt dies tatsächlich mit der Funktion des Ökonomischen zusammen: Formen zu finden, mit Knappheit umzugehen und Knappheit als ein Mittel zu verstehen, den Dingen Bedeutsamkeit abzurufen. Knappheit erzeugt Bedeutung, wie schon Karl-Otto Apel gezeigt hat, als er fragte, ob der Tod, also die Knappheit der (Lebens-)Zeit, die Bedingung der Möglichkeit von Bedeutung sei (vgl. Apel 1979). Dieser Umgang mit Knappheit verlangt geradezu eine systematische Lebensführung, systematische Planung, systematisierende Formen des Selbstmanagement. Ich habe meine Überlegungen mit dem Gedanken begonnen, dass wir es nicht nur mit einer Ökonomisierung von Lebenswelten zu tun haben, sondern auch mit einer Verlebensweltlichung des Ökonomischen. Dass das Ökonomische heute – sowohl auf der Ebene individueller Selbstbeschreibungen als auch auf der Ebene der Organisationen – so sehr mit Werten, mit Tugenden und moralischen Ansprüchen versehen wird, ist dann durchaus plausibel. Es gibt eine lange Tradition, das Bürgertum vor allem für eine ökonomische Klasse zu halten – für diejenige ökonomische Klasse jedenfalls, die sich selbst am wenigsten ökonomisch beschrieben hat. Die Ökonomisierung der Gesellschaft gelingt deshalb so gut, weil diese sehr bürgerlichen Wertebeschreibungen all das gar nicht als Ökonomisches aussehen lassen. Aber sie zehren von der ökonomischen Logik des Knappheitsausgleichs.

Politisierung, Ökonomisierung, Verwissenschaftlichung der Soziologie?

Man kann die semantische Karriere des Ökonomischen auch an der Geschichte der soziologischen Theoriebildung beobachten, deren wissenschaftliche Beobachtung ihres Gegenstandes ihre Plausibilität ebenfalls den Leitsemantiken der jeweiligen Zeit entnimmt. Die Karriere des Gesellschaftsbegriffs etwa zehrte lange von einer politischen Logik, in der die Integrität der Gesellschaft letztlich einer politischen Logik entnommen wurde (vgl. dazu ausführlich Nassehi 2006: 314ff). Die wichtigsten Figuren sind hier sicher Talcott Parsons und Jürgen Habermas. Bei beiden wird das, was Parsons die *self sufficiency* der Gesellschaft nennt, dadurch erzeugt, dass es gelingt, individuelle Akteure als Kollektivität zu verbinden. Bei Parsons wird das letztlich durch drei der vier AGIL-Funktionen verbürgt: In der L-Funktion ein unsichtbarer Taktgeber, der uns hinter unserem Rücken immer schon verbindet und mit nicht-negierbaren Werten versorgt, in der G-Funktion die Herstellung von Kollektivitäten v.a. politischer Natur, die uns mit gemeinsamen Normen versorgt, und insbesondere in der I-Funktion eine gesellschaftliche Gemeinschaftlichkeit, die auch Interessensdivergenzen und -konflikte integriert. Und selbst die A-Funktion ist so gedacht, dass die vor allem wirtschaftlich erzeugten und gestützten Rollensets irgendwie logisch und konsistent aufeinander bezogen sind (vgl. Parsons 1972).

Habermas hat dieses Modell adaptiert, um den Integrationsgedanken für den Gesellschaftsbegriff nutzbar zu machen. Die Gesellschaft als „systemisch stabilisierte Handlungszusammenhänge sozial integrierter Gruppen“ (Habermas 1981 a: 228) zu beschreiben, lebt einerseits von der empirischen Einsicht, dass moderne Gesellschaften nicht in Gänze Handlungskoordination auf Verständigungsorientierung aufbauen können, sondern „systemisch“ stabilisier-

te Formen kennen. Es lebt aber vor allem von dem Impetus eines Vorrangs der Funktion des Politischen als Raum der kommunikativen Herstellung gemeinsamer Horizonte vor den effizienzgesteuerten Handlungstypen, die auf eine in diesem Sinne „vernünftige“ Form der Handlungskoordination verzichten können. Der Gesellschaftsbegriff hatte dann stets eine politische Komponente, und die Grundfrage war die, was die Gesellschaft zusammenhält – eine Frage, die auf die Sinndimension des Sozialen zielte.

Wenn es stimmt, dass dieser in der Sozialdimension gebaute Gesellschaftsbegriff so etwas wie eine soziologische Normalform geworden ist – polemisch als „orthodox consensus“ (Atkinson 1972) gebrandmarkt –, so stimmt auch, dass sich innerhalb der Soziologie die Plausibilitäten verschoben haben. Plausibler scheinen nun eher ökonomisch gebaute Theorien zu sein, die den Akteur als jemanden beschreiben, der in erster Linie egoistische Interessen verfolgt und diese ressourcenabhängig durchsetzen kann. Soziale Ordnung wäre dann als Emergenz aus individuellen Spielzügen zu verstehen, die sich subjektiven Erwartungen im sozialen Raum verdankt, und die entsprechende Methode ein „methodologischer Individualismus“, der nicht die Individualität von Individuen im Blick hat, sondern die marktförmig gebaute Emergenz von Strukturen durch Kumulation von Spielzügen (vgl. etwa Esser 1996; Braun 2009; Coleman 1991). Unschwer kann man sehen, dass dieses Modell analog zur Ordnungsbildung auf Märkten gebaut ist. Solche Handlungstheorien sind *ökonomisch* plausibel – in dem Sinne, dass sie von der Funktion des Ökonomischen zehren. Um nicht missverstanden zu werden: Das wird hier weder bewertet, noch kommentiert, sondern lediglich wissenssoziologisch registriert – als gewissermaßen soziologische Parallele zu ähnlichen semantischen Verschiebungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Wie stark die Plausibilität dieser semantischen Figur ist, kann man etwa bei Pierre Bourdieu sehen – einem der stärksten Gegner jeglicher rationaler Handlungstheorien. Bourdieu legt eine Theorie vor, die den Ökonomismus der frühen Sozialwissenschaften – sowohl der Marxschen als auch der nationalökonomischen Tradition – in die Schranken weist, zugleich aber auch rationale Handlungstheorien ökonomistischer Natur im weitesten Sinne (vgl. als Überblick Bourdieu / Wacquant 1996). Und doch redet Bourdieu geradezu einer methodologischen Universalisierung des Ökonomischen das Wort. Für Bourdieu ist nicht mehr nur die Ökonomie ökonomisch strukturiert, sondern letztlich *jegliche* Form sozialer Praxis, die um die Verfügung über knappe Chancen und Ressourcen kämpft. Hatte der klassische Marxismus die Ökonomie der nicht-ökonomischen Sphären noch als Reflex aufs ökonomische Klassenverhältnis gedacht, bilden nach Bourdieu die unterschiedlichen Felder der Gesellschaft, ja jegliche soziale Praxis, eine je eigene Form der Ökonomie aus, die das Prinzip des ökonomischen Knappheitsausgleichs zum Algorithmus des Sozialen schlechthin macht. Die Theoriesprache Bourdieus ist eine ökonomische Sprache – allein die Währungen variieren; Geld gilt nur in der ökonomischen Ökonomie, nicht in den anderen. Wenn das Soziale tatsächlich als ein Raum konzipiert wird, in dem es in erster Linie um Knappheiten geht, wenn dieser Raum nicht nur mit empirischen Knappheiten zu tun hat, sondern auch mit seiner Reflexion, seiner semantischen Repräsentation und sinnhaften Bedeutung, dann muss *sozialer Sinn* offensichtlich mit artifiziell erzeugten Knappheiten aufwarten. Und so erscheint dann sowohl Ökonomisches als auch Kulturelles, Symbolisches und Soziales als *Kapital*, mithin als *gesellschaftlich erzeugte Knappheit*. Der *Sinn* von Bourdieus begrifflichem Ökonomismus besteht darin, diese *gesellschaftlich erzeugte Knappheit* auf den Begriff zu bringen. Bourdieus ganze Theorie zehrt also von der Plausibilität der ökonomischen Funktion des Knappheitsausgleichs, um zu beschreiben, warum Akteure tun, was sie tun (vgl. dazu ausführlich Nassehi 2006: 250ff).

Dass solche Theorien auf einen Gesellschaftsbegriff weitgehend verzichten, ist kein Zufall. Dass Bourdieu darauf verzichtet, liegt an der akteurszentrierten Perspektive der Wechselwirkung von Feld und Akteur und der Rekonstruktion der jeweiligen Erfolgsbedingungen. Im

ökonomisch gebauten methodologischen Individualismus ist der Gesellschaftsbegriff noch entbehrlicher, weil er seine semantische Plausibilität eben jener Logik der Ordnungs- und Präferenzbildung auf Märkten entnimmt. Wie sehr dies freilich durch das getrieben ist, was ich oben etwas hemdsärmelig als „Coolness“ beschrieben habe – in dem Sinne, dass es eben Beschreibungen sind, die sich im Einklang mit den Leitsemantiken der Zeit wähen – lässt sich fast nur ironisch deuten. Letztlich geht es um nichts weniger als um das, was etwa in der sogenannten erklärenden Soziologie außerhalb dessen, was sich methodologisch-individualistisch der Erklärungsmodellierung entzieht, als „richtige Beschreibung“ (Esser 1999: 403) von Randbedingungen nur so nebenbei erwähnt wird. Diese Beschreibungen sind aber nicht trivial, und sie sind nicht zu haben als eine Art common-sense über das, worauf wir uns als plausible Beschreibung geeinigt haben. Dass es auf die „richtige Beschreibung“ jener Randbedingungen ankommt, von der Hartmut Esser spricht, stimmt – aber dass man diese dann fast außerwissenschaftlich „beschreiben“ muss, ist wenig plausibel.

Vielleicht ist es ja nur eine Abwehrhaltung der ökonomisch plausibilisierten Semantik gegenüber einer an der Funktion des Politischen inspirierten. Man könnte am Ende fast auf die Idee kommen, ob es nicht eine Plausibilität jenseits der beiden Leitsemantiken geben könnte – eine *wissenschaftliche* vielleicht. Im ersten Kapitel von *Gesellschaft der Gesellschaft* schreibt Luhmann, dass der Erfolg der Soziologie vor allem darin lag, dass man ähnliche Probleme oder: Probleme ähnlich wie der eigene Gegenstand gelöst hat: „Die Tradition hatte, wenn man so sagen darf, auf natürliche Fragen geantwortet und zum guten Teil deshalb in ihren Antworten überzeugt. In der wissenschaftlichen Evolution treten dagegen an deren Stelle theorieabhängige wissenschaftliche Probleme, deren Lösungen nur noch im wissenschaftlichen Kontext beurteilt werden können. Rückblickend haben die Leitideen dieser obstacles épistémologiques zu geringer Komplexität, sie überschätzen sich selbst und führen zu einer Uniformierung des Gegenstandsbereichs, die schließlich nicht mehr überzeugt.“ (Luhmann 1997: 23) Vielleicht würde es tatsächlich weiter helfen, theoretisch induzierte Fragen zu stellen – in dem Sinne, dass man eher die Beschreibbarkeit des Gegenstandes beobachtet statt die Plausibilität im Hinblick auf prominente Selbstbeschreibungen der Gesellschaft. Vielleicht muss sich die Soziologie der Gesellschaft und ihren Plausibilitäten methodologisch bisweilen stärker entziehen, um an sich wahrnehmen zu können, wie sie selbst Gesellschaft vollzieht. Dass ich dabei eine systemtheoretische Variante wählen würde, ist erwartbar. Und wenn man hier mit weniger Plausibilität beginnt, könnten Fragen der Verarbeitung von Komplexität, kommunikationstheoretische und kybernetische Perspektiven Fragen generieren, die hinreichend fremd erscheinen, um Überraschungen produzieren zu können. Und dann kann man auch eine soziologische von einer politischen Perspektive gegenüber der Ökonomisierung von nicht-ökonomischen Feldern der Gesellschaft unterscheiden. Auf beiden Gebieten gibt es jedenfalls viel zu tun.

Literatur

- Apel, Karl-Otto (1979): Ist der Tod die Bedingung der Möglichkeit von Bedeutung?, in: Hans Ebeling (Hrsg.), *Der Tod in der Moderne*, Königstein / Taunus, S. 226-235.
- Atkinson, Dick (1972): *Orthodox Consensus and Radical Alternative. A Study in Sociological Theory*, London.
- Braun, Norman (2009): Rational Choice Theorie, in: Georg Kneer / Markus Schroer (Hrsg.), *Handbuch soziologischer Theorien*, Wiesbaden, S. 395-418.
- Baecker, Dirk (1987): Das Gedächtnis der Wirtschaft, in: Ders. et al. (Hrsg.), *Theorie als Passion: Niklas Luhmann zum 60. Geburtstag*, Frankfurt / Main, S. 519-546.
- Boltanski, Luc / Ève Chiapello (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre / Loïc J.D. Wacquant (1996): *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt / Main.

- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt / Main.
- Brunkhorst, Hauke (2012): Die Aktualität des Marxismus in der Krise – Revisionen eines Theorieprogramms, in: Soziale Welt 63, S. 273-281.
- Bühl, Walter L. (1994): Wissenschaft und Technologie. An der Schwelle zur Informationsgesellschaft, Göttingen.
- Coleman, James S. (1986): Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachen mit unpersönlichen Systemen, Weinheim – Basel.
- Coleman, James S. (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1: Handlungen und Handlungssysteme, München.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.
- Derrida, Jacques (1988): Die différance, in: Ders., Randgänge der Philosophie, Graz – Wien, S. 29-52.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzkapitalismus, in: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt / Main, S. 21-85.
- Esser, Hartmut (1996): Soziologie, Frankfurt / Main – New York / NY.
- Frank, Thomas (1998): The Conquest of Cool. Business Culture, Counterculture, and the Rise of Hip Consumerism, Chicago / IL.
- Graf, Friedrich Wilhelm (2004): Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur, München.
- Greven, Michael Th. (1999): Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezipion als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen.
- Habermas, Jürgen (1981 a): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1, Frankfurt / Main.
- Habermas, Jürgen (1981 b): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2, Frankfurt / Main.
- Händler, Ernst-Wilhelm (2012): Das Wissen der Ökonomie. Theorie und Praxis, Formen und Grenzen, in: Merkur 66, S. 89-101.
- von Groddeck, Victoria (2011): Organisationen und Werte. Formen, Funktionen, Folgen, Wiesbaden.
- Kepel, Gilles (1991): Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch, München.
- Knorr Cetina, Karin (2012): Von Netzwerken zu skopischen Medien. Die Flussarchitektur von Finanzmärkten, in: Herbert Kalthoff / Uwe Vormbusch (Hrsg.), Soziologie der Finanzmärkte, Bielefeld, S. 31-62.
- Kühl, Stefan (2012): Der Sudoku-Effekt. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie. Eine Streitschrift, Bielefeld.
- Lessenich, Stephan (2009): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, 2. Auflage, Bielefeld.
- Luhmann, Niklas (1988): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt / Main.
- Luhmann, Niklas (1996): Religion als Kultur, in: Otto Kallscheuer (Hrsg.), Das Europa der Religionen. Ein Kontinent zwischen Säkularisation und Fundamentalismus, Frankfurt / Main, S. 291-340.
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt / Main.
- Luhmann, Niklas (2000 a): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt / Main.
- Luhmann, Niklas (2000 b): Organisation und Entscheidung, Opladen.
- Maasen, Sabine (2012): Gut ist nicht gut genug. Selbstmanagement und Selbstoptimierung als Zwang und Erlösung, in: Armin Nassehi (Hrsg.), Kursbuch 171: Besser optimieren, Hamburg, S. 144-156.
- Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschuleform, Berlin.

- Nassehi, Armin (1999): Das Problem der Optionssteigerung. Überlegungen zur Risikokultur der Moderne, in: Ders., Differenzierungsfolgen. Beiträge zur Soziologie der Moderne, Opladen, S. 29-48.
- Nassehi, Armin (2003): Geschlossenheit und Offenheit. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft, Frankfurt / Main.
- Nassehi, Armin (2006): Der soziologische Diskurs der Moderne, Frankfurt / Main.
- Nassehi, Armin (2011): Gesellschaft der Gegenwart. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft II, Berlin.
- Nassehi, Armin (2012): Gut wirtschaften. Die anschwellende Werteorientierung in der Unternehmenskommunikation, in: Ders. (Hrsg.), Kursbuch 172: Gut leben, Hamburg, S. 8-25.
- Negt, Oskar / Alexander Kluge (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt / Main.
- Parsons, Talcott (1972): Das System moderner Gesellschaften, München.
- Riesebrodt, Martin (2001): Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der ‚Kampf der Kulturen‘, München.
- Richter, Peter (2009): Ökonomisierung als gesellschaftliche Entdifferenzierung. Eine Soziologie zum Wandel des öffentlichen Sektors, Konstanz.
- Schelsky, Helmut (1965): Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf – Köln, S. 439-480.
- Sennett, Richard (2006): The Culture of the New Capitalism, New Haven / CT – London.
- Vogel, Berthold (2007): Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg.
- Vogel, Rick (2007): Ökonomisierung des Öffentlichen? New Public Management in Theorie und Praxis der Verwaltung in: Stephan A. Jansen / Birger Priddat / Nico Stehr (Hrsg.), Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche, Wiesbaden, S. 152-174.
- Weber, Max (1994): Wissenschaft als Beruf, in: Ders., Studienausgabe der Max-Weber-Gesamtausgabe, Band I, 17, Tübingen, S. 1-23.
- White, Harrison C. (1981): Where do Markets Come from?, in: American Journal of Sociology 87, S. 517-547.
- White, Harrison C. (2002): Markets from Networks. Socioeconomic Models of Production, Princeton / NJ.
- Zaloom, Caitlin (2006): Out of the Pits. Traders and Technology from Chicago to London, Chicago / IL – London.

Prof. Dr. Armin Nassehi
 Ludwig-Maximilians-Universität München
 Institut für Soziologie
 Konradstraße 6
 80801 München
 Armin.Nassehi@soziologie.uni-muenchen.de